

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Maßnahmen gegen häusliche Gewalt ausbauen, Opferhilfe stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sein Konzept zum Schutz gegen häusliche Gewalt auszubauen:

1. Bei der Berliner Polizei wird die Anzahl der speziell geschulten Einsatzkräfte gegen häusliche Gewalt vergrößert. Die schutzpolizeilichen Dienste werden geschult und sensibilisiert.
2. Die Berliner Gewaltschutzambulanz benötigt eine langfristige und dauerhafte Finanzierung, damit unbefristete Arbeitsverträge an das Fachpersonal ausgestellt werden können. Damit wird eine hochwertige rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation für Berlin gesichert.
3. Die Stellung der/des Berliner Opferbeauftragten wird gestärkt, um Opfern von Gewalttaten noch effektivere Unterstützung anzubieten.
4. Das Projekt „proaktiv - Servicestelle für Betroffene von Straftaten“ wird gestärkt, damit Betroffene passende Hilfe- und Unterstützungsangebote erhalten. Eine zentrale Ansprechperson muss etabliert werden, die Betroffene bei dem Umgang mit Behörden unterstützt.
5. In Hinblick auf die Verhinderung von häuslicher Gewalt wird der Opferschutz durch Präventionsangebote für Täter*innen ausgebaut. Es wird die Möglichkeit geprüft, eine Notfall-Hotline für potentielle Täter*innen einzurichten.
6. Es soll geprüft werden, ob Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und zur Stärkung der Opferhilfe auch die jeweils spezifischen Bedarfe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) berücksichtigen.
7. Besonders vulnerable Gruppen – insbesondere Menschen mit Behinderung sowie Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, sowie deren Angehörige – werden durch adressatengerechte Informationen auf die Angebote aufmerksam gemacht.

8. Alle Angebote werden kultursensibel und mehrsprachig konzipiert und Informationen mehrsprachig und in leichter Sprache veröffentlicht.

Begründung

Der Ausbau von Maßnahmen gegen häusliche Gewalt muss zum einen Hilfestellungen für Opfer umfassen, jedoch auch Präventionsmaßnahmen für Täter*innen, um langfristig wirksam zu sein. Hierfür sind gebündelte Maßnahmen wichtig:

Zum einen ist die bei der Berliner Polizei schon vorhandene Anzahl der speziell geschulten Einsatzkräfte gegen häusliche Gewalt zu vergrößern.

Der Polizei ist vielfach die erste Institution, die in Fällen akuter Gewaltanwendung oder von Betroffenen, Angehörigen, Nachbarn oder anderen Zeug*innen eingeschaltet wird. Polizeibeamt*innen sehen sich dann vor Ort oft mit unübersichtlichen familiären Situationen konfrontiert, es werden widersprüchliche Aussagen von Familienmitgliedern gemacht, Verletzungen sind nicht immer leicht zu erkennen, Aussagen von Betroffenen werden zurückgezogen, oft sind Kinder betroffen. Dies stellt die Polizeibeamt*innen vor Herausforderungen. Angesichts der Vielzahl von Einsätzen wegen häuslicher Gewalt braucht es mehr speziell geschulte und sensibilisierte Einsatzkräfte.

Die Stelle der/des Opferbeauftragten soll gestärkt werden. Die/der Opferbeauftragte des Landes Berlin ist u.a. für die Erweiterung des Netzwerks zwischen Betroffenen und Opferhilfeeinrichtungen zuständig. Sie/Er gibt Betroffenen Auskunft zu den bestehenden Opferhilfeeinrichtungen in Berlin und zeigt den Weg zur Hilfe auf, nimmt jedoch auch Kritik und Hinweise entgegen.

Ein zentraler Kooperationspartner für die/den Opferbeauftragte*n ist das sich derzeit im Aufbau befindliche Projekt „proaktiv - Servicestelle für Betroffene von Straftaten“, dessen Ziel es ist, die proaktive Kontaktaufnahme zu Betroffenen durch Fachberatungsstellen zu koordinieren, damit diese passende Hilfe- und Unterstützungsangebote erhalten.

Wichtig ist, eine zentrale Ansprechperson zu etablieren, die Betroffene bei Bedarf durch die Beratungs-, Versorgungs- und Behördenlandschaft lotst, erforderliche Informationen gebündelt und vereinfacht weitergibt und bestmögliche Unterstützung vermittelt.

Gegenwärtig befindet sich mit der Servicestelle Täter*innenkontakt ein Projekt im Aufbau, mit dem es ermöglicht werden soll, die betroffenen Personen pro-aktiv zu kontaktieren und ihnen ein passgenaues Angebot für eine Beratung zu machen. Ziel des Projekts ist es, dass auch möglichst viele Täter*innen eine Beratung erhalten, um künftige Fälle häuslicher Gewalt möglichst zu verhindern.

Die Inverantwortungnahme der Täter*innen für ihre Taten ist ein wichtiger Ansatz, um langfristig wirksam gegen häusliche Gewalt vorzugehen. Denn Betroffene können nur dann wirksam vor häuslicher Gewalt geschützt werden, wenn Täter*innen konsequent zur Verantwortung gezogen werden, ihnen jedoch auch Beratungsangebote gemacht werden. Diese müssen selbstverständlich die Diversität der Stadtgesellschaft abbilden und sind dementsprechend zu gestalten.

Berlin, 19. Januar 2021

Saleh Kohlmeier
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz I. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Vandrey
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen